



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# BürgerInnenbrief

21. März 2018

Zum 150. BürgerInnenbrief +++ Erneuerung in Hamburg? +++ Obdachlos in der Kälte +++ Polizei-Kennzeichnung +++

## Dahinter stecken immer kluge Köpfe!



Grafischer Beitrag zum 150. BürgerInnenbrief von gerd siebecke

Seit zehn Jahren gibt es nun den »BürgerInnenbrief« (BB), die aktuelle Ausgabe ist die 150. und erscheint genau zehn Jahre nach der ersten im März 2008. Wir erlauben uns in dieser Ausgabe, zu diesem mehrfachen Jubiläum einen Schwerpunkt zu setzen – immerhin dürfte es das Organ aus den Reihen der Linksfraktion mit der längsten »Geschichte« sein. Dazu haben wir Statements von einigen LeserInnen, den ehemaligen und jetzigen HerausgeberInnen Joachim Bischoff, Heike Sudmann und Christiane Schneider sowie der Layouterin Marion Fisch aufgenommen. Wir nehmen die kritischen und wohlwollenden Kommentare der LeserInnen zum Anlass, dazu aufzurufen, uns gerne direkt und öfter Rückmel-

dung zu geben. Das hilft, am BB beständig zu arbeiten, ihn zu verbessern und interessanter zu gestalten. Und nicht zuletzt danken wir allen LeserInnen, die uns in den vergangenen Jahren treu geblieben sind. Die wachsende Zahl der »Abos« sagt uns zumindest, dass wir nicht ganz schief liegen.

Diese Ausgabe enthält zudem Beiträge zur Lage nach der Bildung der neuen Bundesregierung, zur Wohnungspolitik, zum Winternotprogramm, dem neuen Feiertag, der Kennzeichnungspflicht für PolizeibeamtInnen und wie immer einige Dokumente und Hinweise.

Herausgeberinnen und Redaktion

## Zuschriften zum 150. BürgerInnenbrief



Foto: Mummelgrummel/wikimedia

### Briefe von LeserInnen

Ich bekomme durch den BürgerInnenbrief die neuesten Informationen aus dem Rathaus und das mit einer guten Prise Kritik an dieser Stadtpolitik, die den Blick für die normalen Menschen, die ältere Bevölkerung und all die abgehängten Menschen verloren hat! Glückwunsch und weiter so, vielleicht manches Mal etwas schneller auf den Punkt bringen – oder in fetter Schrift hervorheben, so als Hingucker!

**Wünscht sich Regina Jürgens, Landesseniorenbeirat/ Pflegebündnis**

Ich lese den BürgerInnenbrief seit Beginn. Bei der schrecklichen Presselandschaft in Hamburg bin ich dankbar für die Informationen, die ich hier bekomme, und hoffe, dass ihr noch lange weitermacht.

**Sonja Tesch, Fuss e.V.**

Vielen Dank für die regelmäßige Zusendung des BürgerInnenbriefes. Immer sehr interessante Informationen zur eigenen Meinungsbildung bei aktuellen Konfliktthemen. Klasse auch von Aktionen und Initiativen aus anderen Stadtteilen zu lesen (z.B. Eidelstedt). Schön ist, dass ich den BB speichern und ihn dann später (weltweit) aufrufen und lesen kann. Mein Vorschlag: (mehr) Links der Einzelthemen zur Weiterleitung an Verwandte und Bekannte. Viel Erfolg weiterhin!

**Michael Schwarz, Einwohnerverein St. Georg**

Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch zur 150. Ausgabe. Eine ansehnliche Leistung! Gern lese ich den BürgerInnenbrief, der viele Fakten liefert und auch auf weitere wichtige Lektüre hinweist. Für mich trägt der BürgerInnenbrief zur objektiven Meinungsbildung bei. Ich freue mich schon auf die Jubiläumsausgabe.

**Horst Borkmann**

### Ein bisschen Statistik zum BürgerInnenbrief

Erstmals ist der »BürgerInnenbrief Mitte« im März 2008 erschienen. Seit der Ausgabe vom 26. April 2011 heißt er nur noch »BürgerInnenbrief«. Der Umfang in den Ausgaben 1 bis 99 betrug durchschnittlich 10,1 Seiten, bei den letzten 50 Nummern 100 bis 149 ist er auf 16,2 Seiten angewachsen. Wobei anzumerken ist, dass der »BB« seit Anfang 2012 nicht mehr zwei-, sondern nur noch vierwöchentlich erscheint. Insgesamt sind von der 1. bis zur 149. Ausgabe 1.809 Seiten veröffentlicht worden. HerausgeberInnen waren bzw. sind:

- Joachim Bischoff, von März 2008 bis zum 21.11.2011 (Ausgabe Nr. 82),
- Heike Sudmann, seit dem 26.4.2011 (Nr. 67),
- Tim Golke, vom 19.1.2012 (Nr. 85) bis zum 25.2.2015 (Nr. 119),
- Christiane Schneider, seit dem 19.3.2015 (Nr. 120).

Das Layout haben über die Jahre Gerd Siebecke und seit Anfang 2012 Marion Fisch erstellt. Für die Verbreitung sorgt regelmäßig Bernhard Müller.

Ich lese den BürgerInnenbrief seit ein paar Jahren, weil er Informationen enthält, die ich woanders her nicht kriege, schon gar nicht so ausführlich. Mir gefällt die Ausführlichkeit der Infos. Mir gefällt es, dass es Menschen mit kritischen, linken Positionen und Standpunkten gibt, die sie öffentlich vertreten und sich dafür auch einsetzen – ein gutes Gegengewicht zum Mainstream.

**Liane Lieske, Literarisches Menüett St. Georg**

Ich lese den BürgerInnenbrief nun schon seit über zwei Jahren, um mich vor allem über aktuelle stadtentwicklungspolitische Themen zu informieren. Gut gefallen mir neben den Beiträgen die Veranstaltungs-Tipps und Hinweise. Manchmal ärgere ich mich über die Inhalte. Aber da können die Autor\*innen nichts dafür. Das liegt in der Natur der Sachen. Ich wünsche mir, dass der BürgerInnenbrief bleibt wie er ist, und bedanke mich herzlich bei den Herausgeber\*innen und der Redaktion für ihr großartiges Engagement.

**Marco Alexander Hosemann, Cityhof e.V.**

## Wie die »MacherInnen« des BürgerInnenbriefs ihn heute sehen

### Layouterin Marion Fisch:

**Jeder BB ist so gut, wie er dazu einlädt, ihn zu lesen oder wenigstens aufmerksam durchzublättern bzw. 'runterzuscrollen. Maßgeblich ist dafür das Layout, das 2012 Marion Fisch (Lektorin & Herstellerin beim VSA: Verlag) übernommen hat. Sie schreibt zum 150.:**

Das von Gerd Siebecke 2008ff. für den BürgerInnenbrief entwickelte Grundlayout blieb im Wesentlichen bestehen. Es wird gelegentlich leicht angepasst, gibt aber einen Rahmen vor – mit nicht zu langen Überschriften, jeweils einem großen Aufmacher und (manchmal zu) viel Text auf der Seite.

Zur Optik eine Anekdote: Oft – und leider zu Recht – geht es im BB um Armut und soziale Spaltung, immer wieder schickt Michael Joho dazu ein Foto mit einem auf der Straße schlafenden Obdachlosen, das ich genauso oft nicht übernehme. Arme Menschen, auch solche »ganz unten«, so abzubilden, dass sie ihre Würde nicht verlieren, ist eine wichtige Aufgabe nicht nur für linke Medien und braucht eigentlich viel mehr Zeit und Profifotografen mit sozialem Gewissen. Heikes weiteres Schwerpunktthema umweltfreundlicher Verkehr wiederum könnte gelegentlich origineller belichtet werden. Dafür gibt es, auch dank Christiane, viele Fotos von Demonstrationen, insbesondere vom Tätigwerden der Staatsgewalt, aber auch von aufmüpfigen Aktionen, und schließ-



Marion Fisch am Büchertisch, 7.9.2017 (Foto: Michael Joho)

lich, vor allem via Michael, von vielfältigen stadtpolitischen Vernetzungsaktionen.

Man könnte – nicht nur optisch – alles Mögliche modernisieren – liquides Layout statt der statischen pdf-Datei, Einbindung von Videos etc., das fällt aber bislang dem Zeitdruck (und meinen technischen Kapazitäten mit dem Schwerpunkt Druck auf Papier ...) zum Opfer. Die Artikel selbst sollten nicht zu lang sein und weiterhin einen breiten AutorInnenkreis und somit auch andere Perspektiven umfassen. Am wichtigsten sind mir dabei die Einblicke in die Mühen der linken parlamentarischen Ebenen und gelegentlich die Motivation, dass es – linke Querelen hin, rechte Abgründe her (und dazwischen der breite Strom neoliberaler Stadtpolitik) – lohnt, für und mit den BürgerInnen zusammen das Leben in dieser Stadt sozial zu verbessern. Das bekommen die HerausgeberInnen mit Michael – und Joachim mit dem regelmäßigen Blick aufs »große Ganze« – insgesamt gut hin!

### BB-»Gründer« Joachim Bischoff:

**Was waren die Motive, einen BürgerInnenbrief herauszugeben? Was hat sich in den vergangenen Jahren geändert?**

**Unsere Erwartung:** Informationsfreiheit ist ein demokratisches Kontroll- und Mitgestaltungsrecht für alle BürgerInnen. Wo Transparenz und BürgerInnennähe in der öffentlichen Verwaltung fehlen, besteht ein Demokratiedefizit. Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören der Allgemeinheit, nicht der städtischen Bürokratie. Das Geld, das öffentliche Ämter verwalten und investieren, gehört den BürgerInnen. Deshalb sollten PolitikerInnen und Verwaltungsleute verpflichtet sein, ihren verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern jederzeit unter Beweis zu stellen und gewünschte Informationen offenzulegen.

**Praxis in Hamburg:** Schon bei meiner Kandidatur zu den Bürgerschaftswahlen im April 2008 stolperte ich über Fake News: Der CDU-Politiker Michael Freytag behauptete im Wahlkampf, es gäbe bei der HSH Nordbank keinerlei Abschreibungsbedarf. Dies stand im Widerspruch zu der seit Monaten grassierenden Krise im Finanzsektor und den massiven Wertberichtigungen und Pleiten im Banksystem. Nach den Bürgerschaftswahlen wurde im April 2008 von Finanzsenator Freytag ein Wertberichtigungsbedarf von 1,8 Mrd. Euro verkündet. Doch die Beschönigung ging weiter. Eine aktuelle Kapitalerhöhung von 2 Mrd. Euro aus öffentlichen Mitteln sei ein unverzichtbarer Deal, denn das Geschäftsmodell des



Joachim Bischoff, 8.1.2018 (Foto: Heinz Winter)

Geldhauses sei kernsolide. Finanzsenator Freytag war lange Zeit die Krone der Fake-News-Politik in Hamburg. Im Skandal um die HSH Nordbank spielte er keine gute Rolle, zum 1. November 2010 wechselte er in den Vorstand der Kreditauskunftei Schufa.

Zur Intransparenz trägt auch der Großteil der Medien bei. Bis heute hat sich an diesem System der Verschleierung nichts geändert – bis heute stehen die Themen städtische Finanzen, HSH Nordbank, Elbphilharmonie, Flüchtlingspolitik, G 20, Wohnungswirtschaft etc. für ein grundlegendes Demokratiedefizit. Lernprozesse sind rar: Das »Hamburger Abendblatt« blickte nach zehn Jahren Berichterstattung dieser Tage auf den größten Finanzskandal zurück und stellte fest: Alle Zuständigen in Bürgerschaft und Verwaltung kannten die Fakten oder hätten sie kennen können. »Selbstkritisch sei angemerkt: Auch die Medien ... haben das sich anbahnende Drama nicht erkannt.« Diese Kritik bleibt halbherzig. Die Medien in Hamburg haben die Verschleierung toleriert oder befördert.

**Die Schlussfolgerung:** Die BürgerInnenbriefe werben für ein »Gläsernes Rathaus«, sie sollten und sollen einen kleinen Beitrag zu Transparenz und Bürgernähe leisten.

### **Heike Sudmann, Herausgeberin seit 2011:**

#### **Was waren, was sind meine Motive für die (Mit-)Herausgabe des BürgerInnenbriefs?**

Zu einer Zeit, als ich noch nicht jeden Tag meine Emails checkte, bekam ich regelmäßig den BürgerInnenbrief von Joachim Bischoff zugeschickt. Oft dachte ich: »Mensch, ich habe doch gerade erst die eine Ausgabe erhalten, weshalb ist denn jetzt schon wieder was in meinem Postfach? Diese ganzen interessanten Artikel wollen doch auch gelesen werden.«

Als Joachim mir nach meinem »Einzug« in die Bürgerschaft 2011 anbot, den Brief gemeinsam mit ihm herauszugeben, war ich einerseits hoch erfreut, andererseits erschrocken bei dem Gedanken, jetzt auch alle vierzehn Tage anspruchsvolle Artikel produzieren zu müssen. Glücklicherweise habe ich das Angebot angenommen. Denn dadurch bin ich gezwungen, mich in Ruhe hinzusetzen und Themen (nochmal) vertieft anzugehen. Zwar verfluche ich Stunden vor dem Redak-

tionsschluss regelmäßig den Stress, doch im Nachhinein bin ich immer wieder froh, mir die Zeit genommen zu haben. Etliche Artikel lese ich sogar nach langer Zeit noch einmal.

Die vielen positiven Rückmeldungen der AbonnentInnen im Laufe der Jahre zeigen mir auch, dass der BürgerInnenbrief seine Funktion zur Informationsweitergabe, als Terminfundgrube und als Diskussionsanregung erfüllt. Unverzichtbar sind die Beiträge von Joachim, der zwar nicht mehr Herausgeber ist, dafür aber als politischer Kommentator und als Finanzexperte den Blick weiterhin für uns schärft. Mit Christiane Schneider sind andere interessante Themen dazugekommen. Auch deswegen gebe ich den Brief gerne weiter (mit) heraus. Allerdings ist das nur dank der grandiosen Unterstützung (bzw. Hauptarbeit) durch Michael Joho und der Arbeit von Marion Fisch möglich, die mit einer irren Geduld unsere doch sehr flexible Handhabung von Terminverschiebungen, die ungewöhnlichen Textformate und unsere fehlenden Fotos zu einem tollen Endprodukt layoutet. Und ohne die Endkorrektur durch Gerd Siebecke und den Versand durch Bernhard Müller vom VSA: Verlag würden die LeserInnen dieses Endprodukt nicht bekommen.

#### **Was hat sich in den vergangenen zehn Jahren im BürgerInnenbrief und womöglich an der Politik der LINKEN verändert?**

Seit die LINKE in den Bezirksversammlungen und in der Bürgerschaft aktiv ist, zeigt sich von Jahr zu Jahr eine tiefergehende Verwurzelung in den Stadtteilen und Bezirken. Dort, wo GenossInnen schon vor der Gründung der LINKEN aktiv waren, gab und gibt es sehr gute Verbindungen zu (Stadtteil-) AktivistInnen und vor allem auch tatkräftige Mitarbeit und Unterstützung. Doch auch dort, wo »Neulinge« in der/für die LINKE/N aktiv geworden sind, konnte vielerorts Vertrauen aufgebaut und eine Vernetzung ausgebaut werden. Sicherlich könnten noch mehr aktiv werden und könnten wir noch besser werden – doch wo gilt das nicht? Das Zusammenwirken von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit ist jedenfalls in vielen Bereichen sehr gut. Oft wird durch die jeweilige Bezirksversammlung oder die Bürgerschaft (mehr) Öffentlichkeit für Themen geschaffen, die sonst untergehen würden.

#### **Und was wünsche ich mir selbst für die nächste, womöglich auch weitere Zukunft?**

Mehr Zeit für alles :-)! Ich hoffe, dass ich meine gute Vernetzung mit den verschiedenen Initiativen, zu den Verbänden und Vereinen, zu den Aktiven (und den GenossInnen) in vielen Stadtteilen halten und ausbauen kann. Ohne die interessanten Begegnungen, die anregenden (und auch aufregenden) Diskussionen, die sich gegenseitig befruchtenden Ideen würde mir die Arbeit keinen Spaß machen. Die Bürgerschaft ist und bleibt für mich der Ort, wo ich für die wichtigen Anliegen vor allem Öffentlichkeit herstellen, Druck aufbauen kann. Das Leben spielt außerhalb des Rathauses. Und da will ich weiterhin mitspielen – am liebsten mit noch mehr Menschen, die nicht länger dieses kapitalistische System akzeptie-

ren wollen, das die Reichen immer reicher und die anderen immer ärmer und kränker macht. Solange Wohnungen wie Waren auf dem Markt gehandelt werden (»Heute leider ausverkauft! Morgen gibt es vielleicht neue, aber auch teurere Angebote.«), so lange saubere Luft und weniger Verkehrsbelastung nur in den besseren Stadtteilen selbstverständlich sind, solange der Geldbeutel über die Bildung entscheidet ... solange müssen wir für eine bessere, gerechte Welt streiten!

**Christiane Schneider, Herausgeberin seit 2015, wünscht: Lang soll er leben!**

Zehn Jahre ist DIE LINKE in Hamburg nun in der Bürgerschaft vertreten. 150 Ausgaben des BürgerInnenbriefes in dieser Zeit: Das ist – und das darf ich als Mitherausgeberin seit erst drei Jahren sagen – wirklich eine Leistung. Deshalb möchte ich zuallererst den früheren (Mit-)Herausgebern Joachim Bischoff – der als Autor bis heute eine feste Größe des BürgerInnenbriefes ist – und Tim Golke danken, Marion Fisch, Gerd Siebecke und Bernhard Müller, die Layout und Vertrieb zuverlässig gewährleisten, vor allem aber Michael Joho, der die Kontinuität des BürgerInnenbriefes unermüdlich sichert.

Eines der zentralen Probleme linker Parlamentsarbeit ist die feste Rückbindung an die Wählerinnen und Wähler. Das Parlament spiegelt – in sehr abgeschwächter Form – gesellschaftliche Konflikte wider, ob in der Auseinandersetzung um den Umgang mit Armut und sozialer Spaltung oder mit Grundrechten, im Streit um Veränderungen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, im Kampf gegen die Rechtsentwicklung der Gesellschaft usw. Wir führen als Fraktion diese Konflikte im parlamentarischen Raum quasi stellvertretend und stehen dabei immer vor der Herausforderung, eben keine StellvertreterInnenpolitik zu machen. Das heißt, wir müssen unsere Politik für alle Interessierten transparent, diskutierbar und kritisierbar machen. Nur dann können wir die real und keineswegs hauptsächlich in der Bürgerschaft existierenden Konflikte bzw. die gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, mit denen wir die Anliegen teilen, wirksam unterstützen. Ein Medium, in dem wir unsere Politik

darstellen und begründen können, ist dabei unverzichtbar. Deshalb bin ich sehr froh, dass es den BürgerInnenbrief nach zehn Jahren weiterhin gibt und dass ich ihn als Mitherausgeberin, Autorin und Leserin nutzen und unterstützen kann – leider bei weitem nicht so aktiv, wie ich es gerne tun würde.

Gewachsen ist in diesen zehn Jahren die Zahl der Autorinnen und Autoren und damit auch der Umfang der Themen, die im BürgerInnenbrief abgebildet sind. Das ist eine gute Entwicklung, die auch das aktive Interesse von LeserInnen widerspiegelt; ein bisschen aber auch, dass die seit 2008 gewachsene Fraktion als Ganze oder auch einzelne Abgeordnete sich mit den Jahren in mehr Themen richtig eingearbeitet haben. Wir sind heute, wie Heike in ihrem Beitrag richtig schreibt, stärker in Stadtteilen und Bezirken verankert, aber auch stadtübergreifend in politischen, kulturellen, sozialen Zusammenhängen unterschiedlicher Art. Vor zehn Jahren habe ich mir als Atheistin zum Beispiel nicht vorstellen können, dass in meiner politischen Arbeit Fragen des interreligiösen Zusammenlebens und der Staatsverträge mit Religionsgemeinschaften einmal eine größere Rolle spielen werden.

Aber es ist zwangsläufig immer nur ein Ausschnitt an Themen, die wir hier aufgreifen (können). Wichtige Themen, die in der Stadt und in unserer Arbeit eine Rolle spielen, fehlen ganz. So würde ich mir zum Beispiel dringend wünschen, im nächsten BürgerInnenbrief ein erstes Resümee unserer vielseitigen Veranstaltungsreihe »Mut gegen Armut« lesen zu können – i9hr habt sicher alle schon mal die Plakate über Monate hinweg in der Stadt gesehen. Oder einen Artikel zu der Frage, warum uns in einer Stadt, in der friedliches interkulturelles Zusammenleben eine große Aufgabe ist, der völkerrechtswidrige Angriff der Türkei auf die kurdische Region Afrin hautnah angeht und welche Rolle er in der Arbeit der Fraktion hat: Schließlich haben selbst in einer so kleinen Metropole wie Hamburg internationale Konflikte sehr direkte Auswirkungen auf das Zusammenleben.

Die Themen werden dem BürgerInnenbrief mit Sicherheit nicht ausgehen. Ich wünsche mir und uns allen ganz bescheiden erst einmal weitere 150 Ausgaben.



Christiane Schneider und Heike Sudmann 2014 im VSA-Verlag  
(Foto: Michael Joho)

# Erneuerung in Hamburg?

Von Joachim Bischoff



»Scholz und sein Denkmal«: Elbtower-Präsentation, 8.3.2018  
(Foto: Heike Sudmann)

Hamburgs bisheriger Finanzsenator Peter Tschentscher soll Olaf Scholz nachfolgen. Bürgermeisterin Katharina Fegebank von den GRÜNEN behauptet: »Natürlich bedeutet der Weggang von Olaf Scholz auch eine Chance, die Karten an der einen oder anderen Stelle neu zu mischen.« Ein neues Mischen ist zum Machterhalt unverzichtbar, denn die SPD kommt in Hamburg laut aktueller Umfrage nur noch auf 28%, das heißt, Rot-Grün hat keine Mehrheit mehr. Wahlentscheidend wird sein, wie der künftige Bürgermeister seine neue Rolle ausfüllt. Angesagt ist die Fortsetzung der politischen Philosophie unter Scholz: »Ordentliches Regieren«. Entscheidend ist, ob die hanseatische SPD damit den Vertrauensverlust wettmachen kann und wieder Wahlen gewinnt.

## Tschentscher als Sparkommissar

Peter Tschentscher agierte in den letzten Jahren als finanzpolitischer Experte, der gemeinsam mit Scholz die Rotstiftpolitik in der Hansestadt durchsetzte und das Ziel der »schwarzen Null« propagierte. Die SPD in Hamburg verfolgte seit der Regierungsübernahme im Frühjahr 2011 einen rigiden Sparkurs: Bis 2020 sollte der Zuwachs bei den öffentlichen Ausgaben auf unter 1% begrenzt werden, um gemäß den Anforderungen der »Schuldenbremse« zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Aus diesem Grund hat sich der rot-grüne Senat geweigert, die Steuermehreinnahmen, die in den letzten Jahren anfielen, für Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit und für Investitionen in die Zukunft der Stadt zu verwenden. »Wir haben dann alle Mehreinnahmen, die durch die gute Konjunktur hineinkamen«, so der Finanzsenator, »nicht wieder in Mehrausgaben umgesetzt – wie es die Vorgänger-

senate oft getan haben – sondern gesagt: Wir haben trotzdem kein Geld.«

Schon in seinem »Jahresbericht 2012« begrüßte der Landesrechnungshof den eingeschlagenen Konsolidierungskurs. »Insbesondere sind die Wegweiser richtig aufgestellt: Haushaltsausgleich spätestens 2020, Konjunkturbereinigung von Einnahmen, jährliche Steigerungsraten unter 1%.« Allerdings ging dem Rechnungshof der eingeschlagene Kurs nicht weit genug: »Die Umsetzung aber lässt noch zu wünschen übrig. (...) Wo wirklich gespart werden soll, bleibt offen. Ein Konsolidierungserfolg ist nur bei – bisher fehlenden – aufgabenkritischen Eingriffen in die überproportional steigenden Ausgaben für Personal und gesetzliche Leistungen realistisch.« Im Kern liefe dies auf einen sehr viel rigideren Personalabbau im öffentlichen Dienst hinaus, als ihn der SPD-Senat mit 250 Stellen pro Jahr ohnehin schon plant. Der Rechnungshof argumentierte in Richtung FDP und CDU und forderte einen weiteren Verzicht von 700 Stellen pro Jahr. Die Auswirkungen der moderaten oder radikalen Austeritätspolitik kann man überall sehen: Personalabbau, marode öffentliche Infrastruktur (Schulen, Universitäten, Straßen etc.).

Die Logik, solide öffentliche Finanzen durch Ausgabenkürzungen erreichen zu wollen, basiert vor allem auf der stillschweigenden Akzeptanz einer geschwächten Einnahmehasis des Staates. Denn durch die rigorosen Steuersenkungen zugunsten der Unternehmen und VermögensbesitzerInnen in den letzten 20 Jahren wurde diese Einnahmehasis systematisch ausgehöhlt.

Dies zeigt auch die Entwicklung der Steuerquote, d.h. des Verhältnisses von Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Sie ist in den letzten Jahrzehnten deutlich ge-

sunken und lag 2010 bei 21,2% und damit – trotz deutlicher Anhebung der Umsatzsteuer im Jahr 2007 – deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 22,8%. Ihren bisher niedrigsten Wert erreichte sie 2004, als die rot-grüne Steuersenkungsorgie ihre volle Wirkung entfaltete.

Diese Entwicklung der Einnahmehasis des Staates spiegelt sich auch in den Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen wider. Wenn der SPD-Senat seine Trendlinien der Steuereinnahmen zur Begründung für das in der Zukunft im Durchschnitt zu erwartende Steueraufkommen und, daraus abgeleitet, für die Begrenzung der Ausgaben heranzieht, ist dies keineswegs voraussetzungslos. Denn der Trend der Steuereinnahmen hängt entscheidend mit von den steuerpolitischen Rahmenbedingungen ab. Hätte sich etwa die frühere rot-grüne Bundesregierung zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer durchgerungen, sähe die »Trendlinie« ganz anders aus. Die zuletzt 1996 erhobene Vermögenssteuer hat Hamburg jährlich rund 225 Mio. Euro Einnahmen gebracht. Hamburg hätte – wie von der LINKEN beständig eingefordert – den Steuervollzug deutlich verbessern und die Steuerhinterziehung entschiedener bekämpfen können.

Als eine Folge der politisch herbeigeführten Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte »sind die Investitionen der öffentlichen Hand drastisch zurückgegangen, Verschuldung und Schuldzinszahlungen von Bund, Ländern und Gemeinden haben ein bedrohliches Ausmaß erreicht« (so Lorenz Jarass und Gustav Obermair in ihrem Buch »Steuermaßnahmen zur nachhaltigen Staatsfinanzierung«, 2012).

Der Versuch, dieses Dilemma der öffentlichen Finanzen durch eine strikte Begrenzung der Ausgaben lösen zu wollen, produziert in der Folge immer neue Anpassungsprozesse. Denn der Abbau von Beschäftigung, öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen beschädigt nicht nur das öffentliche Vermögen und die Versorgung der Bevölkerung, sondern schwächt auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe durch Beschränkung der öffentlichen und privaten Nachfrage. In der Folge sinken die Steuereinnahmen, was zu weiteren Konsolidierungsmaßnahmen zwingt. Erst mit Blick auf den neuen Doppelhaushalt 2019/20 hat der Senat seine Politik der strikten Haushaltskonsolidierung leicht modifiziert:

- Bei den Personalkosten sind Mehrausgaben eingeplant, die dem wachsenden Personalbedarf in verschiedenen Teilbereichen (u.a. Polizei, Bildung) Rechnung tragen.
- Auch bei den Investitionen soll mehr Geld ausgegeben werden als bisher geplant. »Für die Planjahre 2019 bis 2021 beabsichtigt der Senat, die Investitionstätigkeit der Stadt gegenüber den Vorjahren und der bisherigen Mittelfristplanung insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Wohnungsbau und Digitalisierung auf hohem Niveau zu halten.« Allerdings liegen die geplanten Investitionen nur unwesentlich höher als die voraussichtlichen Abschreibungen, sodass von einer nachhaltigen Korrektur des Sanierungsstaus bei der öffentlichen Infrastruktur immer noch keine Rede sein kann.
- Schon für das Jahr 2017 zeichnet sich zudem ab, dass die Kosten für die Aufnahme, Unterbringung und Integration

der Flüchtlinge niedriger liegen als noch 2016. Die Ausgaben der Stadt für Flüchtlinge sind deutlich gesunken, wenn auch auf hohem Niveau: 2017 wurden 779 Mio. Euro ausgegeben – 120 Mio. weniger als im Jahr davor (899 Mio.). Der Senat hat die aufwachsenden Überschüsse der letzten Jahre (zuletzt etwa eine Mrd. Euro im Jahr 2017 – nach kammalistischer Rechnung) dazu genutzt, Schulden im Kernhaushalt abzubauen, statt, wie das sinnvoll gewesen wäre, mehr Geld in den Wohnungsbau und in Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen Spaltung zu stecken. So wurde 2017 die Verschuldung im Kernhaushalt um 650 Mio. Euro abgebaut. Weil etwa 300 Mio. Euro den Sondervermögen Schulimmobilien und Stadt und Hafen zugeflossen sind, waren das unterm Strich immer noch um 350 Mio. Euro reduzierte Schulden.

Dass wir in Hamburg aber tatsächlich keineswegs mit einem Schuldenab-, sondern mit einem Schuldenaufbau konfrontiert sind, zeigt der Blick auf die Entwicklung der anderen Bundesländer im Jahr 2016. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamts waren Hamburg und Schleswig-Holstein die einzigen Bundesländer, die 2016 einen aufwachsenden Schuldenstand zu verzeichnen hatten.

Deshalb hat der Rechnungshof bei der Abrechnung der letzten Haushaltsjahre vor der Interpretation des rot-grünen Senats vom »Ende der Schuldenmacherei« gewarnt. Vordergründig wird unter den aktuellen Bedingungen – gute Konjunktur, hohe Steuereinnahmen und anhaltende Sparpolitik – ein Haushaltsüberschuss realisiert. Die gute Lage des Kernhaushalts sollte aber nicht dazu genutzt werden, die Öffentlichkeit zu täuschen. Denn die Verschuldung steigt weiter. »Die Gefahr einer Fehleinschätzung wird auch nicht dadurch gebannt, dass die Lasten im Haushaltswesen der Stadt aufgrund der Doppik früher oder später transparent werden. Ausgelagerte Verschuldung wird typischerweise erst mit Zeitverzögerung und in vergleichsweise kleinen »Raten« im Haushalt sichtbar. Eine Investition im Mieter-Vermieter-Modell wird nach der Kreditfinanzierung durch den Realisierungsträger erst mit der Fertigstellung, also meist Jahre nach dem Beschluss der Maßnahme und nur in jährlichen Mietraten, im Haushalt sichtbar.«

Zwar sind die Schulden des Kernhaushalts (ohne Kassenverstärkungskredite) 2016 im Vergleich zum Vorjahr (23,2 Mrd. Euro) um rund 200 Mio. Euro gesunken, die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts (Vorjahr 30,8 Mrd. Euro) und in der Folge die des öffentlichen Bereichs (Vorjahr 38,8 Mrd. Euro) aber um rund 2,5 Mrd. Euro gestiegen. Hauptgrund hierfür sind notwendige Kreditaufnahmen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank AG. Eine transparente Berichterstattung zu den öffentlichen Finanzen müsste neben dem Kernhaushalt einen Blick auf die Sondervermögen werfen. Werden die in städtische Gesellschaften ausgelagerten Finanzierungslasten aus dem Mieter-Vermieter-Modell hinzugenommen, kommt eine weitere Neuverschuldung hinzu. Wird die gesamte Sphäre des »Konzerns Hamburg« betrachtet, steigen die Schulden sogar um Milliarden. Die gute Lage des Kernhaushalts darf somit nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verschuldung weiterhin steigt.

Neben der guten Wirtschaftskonjunktur, die nun schon seit mehreren Jahren Steuermehreinnahmen in die öffentlichen Kassen spült, und den Resultaten der systematischen Rotstiftpolitik sind es die ungewöhnlich niedrigen Zinsen, von denen die HaushälterInnen Hamburgs profitieren. Durch das anhaltend niedrige Zinsniveau liegen die Zinsausgaben deutlich niedriger als in der bisherigen Finanzplanung angenommen. Im Jahr 2010 hat Hamburg für Zinsen noch knapp eine Mrd. Euro aufwenden müssen. Das war damals rund zehn Prozent des Haushaltvolumens. Für das vergangene Jahr hat der Planansatz für Zinsausgaben bei nur noch 579 Mio. Euro gelegen – also mehr als 400 Mio. Euro weniger als fünf Jahre zuvor. Mit anderen Worten: Allein durch die niedrigen Zinsen hat Hamburg jährliche Minderausgaben von mehreren Hundert Mio. Euro.

Hamburg kommt für die Haushaltsentwicklung neuerdings ein weiterer Umstand zu Hilfe: Die Fluchtbewegung ist – dank verschärfter Asylregelungen, verbesserter Finanzierung der Flüchtlingsmaßnahmen der UNHCR und einiger repressiver Grenzregime in Europa – deutlich zurückgegangen.

Hamburgs bisheriger Finanzsenator Tschentscher preist die Vorzüge der von ihm verantworteten Haushaltspolitik mit dem Hinweis darauf, dass die Stadt schon dabei sei, ihre Schulden zurückzufahren. Dieser politische Kurs werde fortgeführt. Die Hamburger SPD stößt zwar auch bei den WählerInnen auf verminderte Zustimmung, aber in der Partei existiere große Zufriedenheit. Das Projekt Schuldenbremse werde eingehalten und die zentralen Zielsetzungen der rot-grünen Koalition verwirklicht: die Fortführung der Wohnungsbauoffensive für eine wachsende Stadt, die Stärkung des Bildungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes, der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Fortsetzung der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur und die Verbesserung der Lebensqualität durch moderne Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik. Zugleich werde die stetige strukturelle Haushaltskonsolidierung fortgeführt und damit die Schuldenbremse des Grundgesetzes und der Hamburgischen Verfassung eingehalten.

Der kritischen Haltung der WählerInnen steht reichlich Selbstlob gegenüber. Bereits in den vorherigen Haushaltsplänen konnte mit stetig und deutlich abnehmenden Finanzierungsdefiziten und Nettokreditaufnahmen geplant werden. Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 sowie 2019/2020 wird endlich eine Mixtur praktiziert: Der strikte Sparkurs wird gelockert und eine kontinuierliche Schuldentilgung eingeleitet. Allerdings gibt es schlagartig neue Schulden. Für den HSH-Skandal muss jetzt gezahlt werden – zulasten anderer Aufgaben. Insgesamt werden von den 10 Mrd. Euro aus der Sunrise-Garantie für die HSH auf Hamburg und Schleswig-Holstein Schulden in Höhe von jeweils fünf Mrd. Euro zukommen. Dabei ist zu beachten, dass die Garantie bereits in Höhe von 4,1 Mrd. Euro in Anspruch genommen worden ist. Die entsprechenden Finanzierungen wurden durch die ländereigene Anstalt hsh finanzfonds AöR (FinFo) am Kapitalmarkt aufgenommen. Die Restsumme in Höhe von bis zu 5,9 Mrd. Euro soll nunmehr noch in diesem Jahr unmittel-

bar durch die Länderhaushalte finanziert werden. Perspektivisch müssen die bisher von der FinFo aufgenommenen Kredite ebenfalls in die Landeshaushalte überführt werden. Dazu kommen weitere Milliardenbelastungen. Das heißt, von 5,9 Mrd. Euro muss Hamburg als 50%-Anteilsinhaber der Bürgerschaft weitere drei Mrd. Euro tragen, die in wenigen Wochen nach Genehmigung des HSH-Verkaufs durch die EU-Kommission in Cash an die HSH Nordbank zu überweisen sind. Daher hat die Landesregierung von Schleswig-Holstein schon einen Nachtragshaushalt eingebracht. Man nehme zusätzlich 2,95 Mrd. Euro Schulden auf, was genau die nun fällige Zahlung abdeckt. Somit erhöht sich die Gesamtverschuldung des Bundeslandes. Dessen Finanzministerin Monika Heinold ist ehrlicher als der Hamburger Finanzsenator: Sie »würde das Geld natürlich lieber für Bildung und weitere Investitionen in die Zukunft als für Zinszahlungen ausgeben. Aber diese Wahl haben wir leider nicht.«

Ein relevanter Spielraum für das politische Mischen der Karten bleibt für die rot-grüne Koalition nicht. Tschentscher ist vielen HamburgerInnen trotz seiner siebenjährigen Amtszeit als Finanzsenator nicht einmal als Rotstiftpolitiker bekannt. Er wurde bislang als ein Mann in der zweiten Reihe wahrgenommen. »Ordentliches Regieren« durch Haushaltskonsolidierung ist auch künftig keine überzeugende politische Philosophie.



In einer neuen Broschüre der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE analysieren Norbert Hackbusch, Joachim Bischoff und Norbert Weber die Misere rund um die marode HSH Nordbank. Sie erklären, wie es überhaupt dazu kommen konnte, dass die Politik die »Zombie-Bank« über Jahre am

Leben erhielt und die Öffentlichkeit bewusst in die Irre führte. Blinder Expansionswahn, überforderte PolitikerInnen, Intransparenz bei den Bankgeschäften und während der Sanierungsversuche. Bis heute wurde dafür niemand zur Verantwortung gezogen.

Die 48-seitige Broschüre gibt es zum einen online: [www.linksfraktion-hamburg.de/2018/03/16/hsh-nordbank-skandal-neue-broschue-re-der-linksfraktion-jetzt-bestellen/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/2018/03/16/hsh-nordbank-skandal-neue-broschue-re-der-linksfraktion-jetzt-bestellen/)

Gedruckt und ebenfalls kostenlos gibt es die Broschüre in den Abgeordneten- und Parteibüros der LINKEN oder via Bestellung an: [info@linksfraktion.-hamburg.de](mailto:info@linksfraktion.-hamburg.de).



## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Seit Anfang Februar demonstrieren allwöchentlich montags rechte und rechteste Kräfte unter der Parole »Merkel muss weg!«. Nazis, Hooligans, Identitäre, Reichsbürger und allerlei AfD-Volk versuchen damit, ähnlich wie in Dresden und anderswo, auch in Hamburg Land zu gewinnen. Das wollen wir ihnen gründlich versalzen und unterstützen den Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts, jeden Montag vor Ort zu sein, meist gegen 18.00 Uhr zwischen dem Jungfernstieg und dem Dammtor. Genaueres ist aktuell der Homepage des Bündnisses gegen Rechts zu entnehmen: [www.keine-stimme-den-nazis.org](http://www.keine-stimme-den-nazis.org).

Der am 14. März veröffentlichte **Postbank Wohnatlas** unterstreicht einmal mehr die allzu bekannte Tatsache, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt – in diesem Fall die **Preisentwicklung bei Eigentumswohnungen** – weiter verschärft. Danach sollen die Wohnungspreise im bundesdeutschen Schnitt inflationsbereinigt um 5,5% angestiegen sein. Zu nennen ist vorneweg München, mit Quadratmeterpreisen von 6.789 Euro/qm, gefolgt von Frankfurt a.M. mit 4.501 und Hamburg mit 4.212 Euro/qm. In der Elbmetropole sind nach dieser Studie die Preise gegenüber 2016 um 6,6% angestiegen. Wenig tröstlich, nichtsdestoweniger erhellend ist der Hinweis, dass die Bundesbank »Immobilien in vielen Großstädten für deutlich überbewertet« hält, sie »spricht von Übertreibungen von etwa 15 bis 30 Prozent« (»Hamburger Abendblatt«, 15.3.2018). Mehr dazu: [www.postbank.de/postbank/pr\\_presseinformation\\_2018\\_03\\_14\\_immobilienmarkt\\_weiter\\_im\\_aufwaertstrend.html](http://www.postbank.de/postbank/pr_presseinformation_2018_03_14_immobilienmarkt_weiter_im_aufwaertstrend.html).

Bleiben wir beim Thema und ziehen einen Bericht heran, den das **Statistische Bundesamt** am 19. Dezember 2017 vorgelegt hat. Darin geht es um die durchschnittlichen Konsumausgaben der BundesbürgerInnen im Jahre 2016. Ausgaben für Wohnen, Energie und Instandhaltung standen bei Privathaushalten mit 877 Euro pro Monat nach wie vor an der Spitze und machten 35% des gesamten Ausgabenbudgets aus. Seit 2005 ist der **Anteil der Wohnkosten von 33 auf 35% angestiegen**. Durchschnittlich wohlgermerkt, denn die Belastungen treffen GeringverdienerInnen, GroßstädterInnen und Singles teilweise noch erheblich stärker. Jeder fünfte Haushalt in der Bundesrepublik muss laut Bundesamt mehr als 40% für Wohnkosten aufbringen. Näheres gibt es unter: [www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/12/PD17\\_463\\_631.html](http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/12/PD17_463_631.html).



Für den hiesigen Mietwohnungsmarkt legte die **Hamburger Sparkasse** (Haspa) Anfang März in ihrem »Trendbarometer Wohnen 2018« bedrückende Zahlen vor. Laut einer repräsentativen Untersuchung wenden für das Wohnen (Kaltmiete inklusive Nebenkosten) »29 Prozent der Haushalte die Hälfte des Einkommens auf, 16 Prozent der Mieter bezahlen schon mehr als 50 Prozent für ihre Unterkunft. Bei 40 Prozent macht die Miete rund ein Drittel des Einkommens aus, lediglich elf Prozent zahlen weniger als ein Drittel« (»Hamburger Abendblatt«, 2.3.2018). Im Klartext: **45% der Hamburger MieterInnen geben die Hälfte ihres Verdienstes oder mehr für das Wohnen** aus, Tendenz steigend. Das Betongold macht's möglich, durch keine effektive Mietpreisbremse eingeschränkt und durch einen Mietenspiegel beflügelt, der nur die neu ausgehandelten oder angehobenen Mieten einrechnet. Rund 200.000 Haushalte, so die Schätzung des Mietervereins zu Hamburg, sollen seit Veröffentlichung des neuen Mietenspiegels im Dezember 2017 inzwischen eine Mieterhöhung bis zum Anschlag (Kappungsgrenze) von maximal 15% bekommen haben. Zur HASPA-Pressemitteilung geht's hier: [www.haspa.de/unternehmen-haspa/presse/pressemitteilungen/trendbarometer-wohnen-2018-99444/](http://www.haspa.de/unternehmen-haspa/presse/pressemitteilungen/trendbarometer-wohnen-2018-99444/).

Die **Veranstaltungsreihe »Mut gegen Armut« der Linksfraktion** ist bisher an den verschiedenen Orten recht gut besucht gewesen. Am **Donnerstag, den 22. März**, geht es im Kulturpalast Billstedt (Öjendorfer Weg 30 A) weiter. Thema ist ab 18.30 Uhr die **Soziale Infrastruktur – Was brauchen wir im Stadtteil?** Konkret z.B. in einem Stadtteil wie Billstedt, in dem jede/r fünfte Einwohner/in auf Hartz IV angewiesen ist und die Jugend-

# MUT GEGEN ARMUT

arbeitslosigkeit achtmal höher ausfällt als in Blankenese? Podiumsgäste sind Karin Wienberg (Stadtteilhaus »Horner Freiheit«), Johannes Richter (Ev. Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie/Rauhies Haus), Lars Omland (Jugendtage Mümmelmannsberg) und Mehmet Yildiz (Bürgerschaftsabgeordneter der LINKEN).

In vielen deutschen Städten hat sich der alternative **Rundgangsanbieter »statt-reisen«** einen guten Namen gemacht, werden von den RundgangsleiterInnen doch Orte angelaufen und Themen bearbeitet, die dem üblichen Fremdenverkehr eher verborgen bleiben. Wir nennen hier nur einen der diversen Stadtteilrundgänge, die im Frühjahr wieder verstärkt einsetzen: **Hammerbrook – Auf den Spuren des zerstörten Arbeiterquartiers**. Treffpunkt ist am **Samstag, den 24. März** (auch am 5.5., 7.7. und 15.9.), um 15.00 Uhr der Platz vor der Zentralbibliothek (Hühnerposten 1). Die Teilnahme an diesem zweistündigen Rundgang kostet 12 Euro, ermäßigt 10 Euro. Weitere Infos – beispielsweise über Erkundungen des Asphaltschungels in Eimsbüttel, Finkenwerder, Langenhorn, Rahlstedt, Horn, Barmbek, Rothenburgsort, Altona, Blankenese, Ottensen, Uhlenhorst, St. Georg, im Schanzen- und Karoiviertel – sowie das Gesamtprogramm finden sich unter [www.stattreisen-hamburg.de](http://www.stattreisen-hamburg.de).

Das allergrößte Angebot in Sachen Rundgänge fahren natürlich Hamburgs rund zwanzig **Geschichtswerkstätten** und Stadtteilarchive. Soeben ist – im 20. Jahr – die **Kiek mol**-Broschüre erschienen, in der sämtliche Veranstaltungen in den verschiedenen Quartieren aufgeführt sind. Die Stadt und vor allem ihre Stadtteile intensiv kennenzulernen, ist ohne die Geschichtswerkstätten schlechterdings unmöglich. Hier ist das komplette Angebot aufgelistet: [www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de/html/kiek\\_mol.html](http://www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de/html/kiek_mol.html).



Das Thema **Hamburg in der Globalisierung** greift die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) im Rahmen ihrer Reihe »Metropolenkritik 2018« auf und fragt nach den **Perspektiven in der globalen Städteliga**. Wenn Olaf Scholz etwas »geschafft« hat, dann, dass Hamburg worldwide vermehrt im Gespräch ist und der TouristInnenboom angeheizt wurde. Ob der Kampf um einen der oberen Plätze im Städteranking den Menschen überhaupt irgendetwas bringt, auch darum wird es bei der RLS an diesem **Montag, den 26. März**, um 19.00 Uhr in der fux-Kaserne bzw. im Dock europe (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof Eingang West) gehen. Referent ist Prof. Dr. Christof Parnreiter, Wirtschaftsgeograf an der Universität Hamburg. Mehr unter [www.hamburg.rosalux.de](http://www.hamburg.rosalux.de).



Am **Dienstag, den 27. März**, um 19.30 Uhr, steht in der Galerie Morgenland (Sillemstraße 79) die **Migration und Stadtentwicklung in Hamburg seit den 1960er Jahren** auf der Tagesordnung. Auch wenn sich der Abend zu einem Teil um die Entwicklungen in Eimsbüttel drehen dürfte, kommen sicher auch die allgemeinen Veränderungen in der Stadt keineswegs zu kurz. Es geht um politische Strategien und die Wohn- und Mietverhältnisse der NeuhamburgerInnen, aber auch um Phänomene der Segregation und des Zusammenlebens im Alltag. Den **Vortrag** dazu hält David Templin vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück. Der Eintritt beträgt 3 Euro.

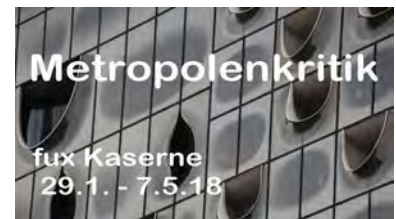
Das **Hamburger Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot** lädt wieder zur alljährlichen Aktion anlässlich des auslaufenden **Winternotprogramms** ein. Dieses Mal trifft sich das Bündnis am **Donnerstag, den 29. März**, um 12.00 Uhr auf dem Ida-Ehre-Platz – unter dem Motto »Würden Sie hier schlafen wollen?« Protestiert wird gegen den Umstand, dass nun wieder viele obdachlose Menschen auf der Straße nächtigen müssen, hingewiesen werden soll aber auch darauf, dass in diesem Winter vielen osteuropäischen Obdachlosen der Erfrierungsschutz des Winternotprogramms verwehrt wurde. Daher liegt Forderung nahe: »Eine Brücke ist kein Zuhause – Wohnungsbau für Obdachlose sofort!«





Während der Bezirk Hamburg-Mitte mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU wenige Tage vor Weihnachten mal eben dem Gros der aus dem Quartiersfonds finanzierten Stadtteilbeiräte die Mittel und damit die Zahl der für 2018 vorgesehenen Sitzungen zusammengestrichen hat, lädt die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSU) das **Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte** zur **Präsentation seiner großen Ausstellung** ein. Auf gut 30 großformatigen Tafeln werden neben der Geschichte und den Forderungen des Netzwerks rund 20 Beiratsgremien aus den verschiedensten Quartieren ganz Hamburgs vorgestellt. Die Ausstellung wird am **Mittwoch, den 4. April**, um 18.00 Uhr im Foyer der BSU (Neuenfelder Straße 19) nahe der S-Bahn-Haltestelle Wilhelmsburg durch Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt eröffnet. Sie ist dort **bis zum 24. April** zu besichtigen.

Eine weitere Veranstaltung im Rahmen der RLS-Reihe zur »Metropolenkritik 2018« trägt den Titel **Smartes Hamburg? Chancen und Risiken** und findet am **Montag, den 9. April**, um 19.00 Uhr ebenfalls in der fux-Kaserne (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof Eingang West) statt. Mit dem Schlagwort Smart City stehen verschiedene Modernisierungskonzepte zur Diskussion, in denen Sicherheit und Datenschutz, Servicequalität und Personalpolitik miteinander verknüpft sind und die Frage der sozialen Spaltung auf die Tagesordnung gesetzt wird. GesprächsteilnehmerInnen sind Andreas Scheibner (ver.di-Fachbereich Gemeinden in Hamburg und Personalrat in Eimsbüttel) sowie Heike Sudmann (Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN). Mehr unter [www.hamburg.rosalux.de](http://www.hamburg.rosalux.de).



### Was liegt an im G20-Sonderausschuss?

Vielen dürfte nicht klar sein, was eigentlich wann im G20-Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft verhandelt wird. Nicht immer erfahren wir darüber Näheres, wenn es nicht gerade um die Topmeldung geht, dass die Kosten für den G20-Gipfel mindestens 89 Mio. Euro betragen, zu denen noch die 21 Mio. Euro für die vorbereitende OSZE-Tagung im Dezember 2016 hinzugerechnet werden müssen. Abzüglich der 69 Mio., die der Bund zuschießt, bleiben damit wenigstens 40 Mio. Euro an der Freien und Hansestadt Hamburg hängen, eine Summe, die im Vorfeld des Gipfels für undenkbar gehalten wurde. Die bevorstehenden Termine des Sonderausschusses hat Christiane Schneider – Vertreterin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE in diesem Gremium – wie folgt zusammengefasst:

Der **G20-Sonderausschuss der Bürgerschaft** befasst sich am **5. April** und am **3. Mai** im Großen Festsaal des Rathauses jeweils ab 16.00 Uhr vor allem mit der Aufarbeitung der G20-Protesttage: Am 5. April geht es zunächst noch einmal um die Einsatzstrategie der Polizei, danach, eher kurz, um den Polizeieinsatz am 4. Juli 2017 gegen das »Massencornern« und dann vor allem um die »Welcome-to-Hell«-Demonstration und ihre gewaltsame Auflösung durch die Polizei. Je nach zeitlichem Verlauf stehen am 3. Mai der Aktionstag und die Krawalle im Schanzenviertel am 7. Juli sowie die Abschlussdemonstration am 8. Juli auf der Tagesordnung. Frühzeitig sei auf die öffentliche Anhörung des Ausschusses am **31. Mai** in der Messehalle hingewiesen: Hier sollen die AnwohnerInnen des Schanzenviertels und der Umgebung ihre Kritik und Fragen an den Senat und die Bürgerschaft adressieren können. Die Sitzungen des Sonderausschusses werden per Livestream über die Kanäle der Hamburgischen Bürgerschaft übertragen ([www.hamburgische-buergerschaft.de/buergerschaft-live/](http://www.hamburgische-buergerschaft.de/buergerschaft-live/)).

# Abrüsten statt Aufrüsten!

Aufruf zum Ostermarsch am 2. April



Die Gruppe »Gutzeit« beim Ostermarsch 2017  
(Hamburger Forum)

Wie schon in den Vorjahren rufen wir auf zur Beteiligung am Ostermarsch, der traditionellen und einmal mehr (über) lebensnotwendigen Manifestation für Frieden, Entspannung und Abrüstung. Er findet am Ostermontag, den 2. April, statt. Um 11.30 Uhr gibt es zunächst eine Osterandacht in der am Hauptbahnhof gelegenen Dreieinigkeitskirche, um 12.00 Uhr startet auf dem St. Georgs Kirchhof die Demonstration, die Abschlusskundgebung samt Friedensfest steigt gegen 13.30 Uhr auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz.

Da der nachfolgende Aufruf bereits im Dezember 2017 zirkulierte, hat er die neuesten Entwicklungen – insbesondere den Angriff der türkischen Armee auf die kurdische Hochburg Afrin – noch nicht berücksichtigen können. Wir weisen daher auf die Website des Hamburger Forums für Frieden und Völkerverständigung, das den Ostermarsch regelmäßig organisiert, und den neuesten Rundbrief: [www.hamburgerforum.org/pdf/Rundbrief-2-2018.pdf](http://www.hamburgerforum.org/pdf/Rundbrief-2-2018.pdf).

## Abrüsten statt aufrüsten – Entspannungspolitik jetzt – Atomwaffen abschaffen

Die Bundesregierung will den deutschen Rüstungsetat auf bald 70 Milliarden Euro nahezu verdoppeln. Damit wird noch mehr Geld für Sozialausgaben, Gesundheit und Bildung fehlen. Während in der UNO 122 Staaten einen Verbotsvertrag für Atomwaffen beschlossen haben, stellte sich die Bundesregierung gegen diesen Vertrag und beharrt auf der sogenannten nuklearen Teilhabe: Deutsche Soldaten üben den Transport und den Abwurf von Atomwaffen. Die in Deutschland stationierten Atomwaffen werden durch neue ersetzt. Selbst wenn nur 100 der weltweit über 15.000 Atomwaffen in einem lokal begrenzten Konflikt eingesetzt werden würden, hätte dies mit einem »atomaren Winter« katastrophale Folgen für die gesamte Menschheit. Den Besitz dieser Waffen kann man nur als selbstmörderisch bezeichnen. Ihr Einsatz wäre verbrecherisch. Die Bundesregierung ist durch die Entsendung von Soldaten an vielen Kriegen direkt beteiligt – z.B. in Afghanistan, Syrien, Irak und Mali. Außerdem genehmigt sie jedes Jahr

große Mengen von Rüstungsexporten und unterstützt damit kriegführende Mächte. Saudi-Arabien, das im Jemen Krieg führt und dort den Hungertod von Hunderttausenden Zivilisten heraufbeschwört, gehört zu den bevorzugten Empfängern deutscher Waffen. Die Waffenexporte aus dem Hamburger Hafen machen unsere Stadt zu einer Drehscheibe des Todes. Die Bundesregierung beteiligt sich an der Stationierung von Truppen an der russischen Grenze und unterstützt den Aufmarsch von US-Truppen in Osteuropa. Sie unterstützt den von der EU beschlossenen Aufbau europäischer Militärkapazitäten. Sie ist mitverantwortlich für den neuen Kalten Krieg in Europa und die sich daraus ergebende wachsende Kriegsgefahr. Bundesregierung und Rüstungsindustrie sind mitverantwortlich für Krieg, Hunger, Elend und Not in vielen Ländern – von Nordafrika über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Afghanistan. Die Menschen, die vor diesen Zuständen aus ihrer Heimat fliehen, sollen aber nach dem Willen der Bundesregierung nicht ins sichere Deutschland gelangen dürfen. Dafür werden mit vielen Ländern Verträge über den Aufbau mörderischer Speranlagen an den Grenzen geschlossen, um die Flüchtlinge daran zu hindern, nach Europa zu gelangen.

Wir OstermarschiererInnen treten ein für eine Welt ohne Rüstung und Krieg:

- Für den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- Für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag
- Für den Abzug der US-Truppen aus Deutschland und die Auflösung ihrer Stützpunkte
- Für die kontinuierliche Senkung der Rüstungsausgaben bis hin zur Auflösung der Bundeswehr
- Für das Verbot von Rüstungsexporten
- Für das Verbot von Kampfdrohnen und Killerrobotern
- Für die Umwandlung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion
- Für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden

## »Der 8. Mai wäre ein starkes Symbol«

Christiane Schneider zum neuen Feiertag in Norddeutschland



Erinnerung an das Leiden und die Befreiung der KZ-Gefangenen, hier im ehemaligen KZ Groß-Rosen bei Breslau/Wroclaw (Foto: M. Joho, ebf, S. 14)

Im Oktober hatte die CDU in der Bürgerschaft eine Initiative für den Reformationstag als neuen Feiertag für Hamburg ergriffen. Die Linksfraktion griff die Initiative mit einem eigenen Antrag auf, nur schlugen wir statt des 31. Oktober den 8. Mai, den Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg, vor. In den weiteren Diskussionen entstand die Idee zu fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen, die Mehrheiten suchen sollten. So etwas hatte es in der Bürgerschaft bis dahin nicht gegeben. Neben den genannten Anträgen standen die Vorschläge des 8. März (Weltfrauentag) sowie des 23. Mai (Tag des Grundgesetzes) zur Debatte. Leider verständigten sich die Regierungschefs von vier norddeutschen Ländern einige Wochen vor der Abstimmung darauf, den lutherischen Reformationstag zum Feiertag in Norddeutschland zu erheben. Damit griffen sie der Entscheidung der Bürgerschaft vor und machten ihre Debatte und Beschlussfassung praktisch zur Farce. Das Vorgehen der Regierungschefs ist meines Erachtens der Hauptgrund dafür, dass nicht nur überzeugte evangelische ChristInnen, sondern etliche weitere Abgeordnete aus den Reihen von SPD und GRÜNEN diesem Votum der Obrigkeit folgten. Einige LINKEN-Abgeordnete unterstützten den 8. März. Die meisten Abgeordneten der Linksfraktion sprachen sich für den 8. Mai aus, außerdem zwei Abgeordnete der SPD.

Nach der Hamburger Entscheidung einigte sich Berlins rot-rot-grüne Koalition darauf, dass der 8. Mai ab 2020 neuer Feiertag in der Bundeshauptstadt sein wird. Dafür gibt es auch Jahrzehnte seit der Befreiung vom Faschismus sehr gute Gründe. Im Folgenden dokumentieren wir den Beitrag, mit dem ich den 8.-Mai-Antrag in die Bürgerschaft eingebracht habe:

Der 8. Mai 1945, der den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über das faschistische Deutschland besiegelte, beendete die furchtbarste Periode in der deutschen Geschichte. Der deutsche Faschismus bedeutet einen ungeheuerlichen Zivilisationsbruch, der in der Shoah, dem Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden, und im Porajmos, dem Völkermord an den europäischen Sinti und Roma, gipfelte. Es gibt für uns viele Gründe, diesen Tag, den 8. Mai, als Gedenk- und Feiertag zu gestalten. Ich möchte drei herausgreifen.

Für die Überlebenden in den KZs und Vernichtungsanstalten, für JüdInnen, Roma, Sinti, Kriegsgefangene, WiderstandskämpferInnen, Deserteure, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen, KommunistInnen, ChristInnen, sogenannte »Asoziale« und »Volksschädlinge«, war der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung. Sie entkamen der Vernichtung.

Es ist wahr, dass die große Mehrheit der Deutschen den 8. Mai als Tag der Niederlage empfand. Das hängt ganz maßgeblich damit zusammen, dass die Massenvernichtung und die ungeheuerlichen Kriegsverbrechen nicht nur das Werk einer kleinen Clique mörderischer Verbrecher waren. Millionen Menschen, ganz normale Menschen, waren – aus eigenem Antrieb oder gehorsam – beteiligt, ließen sich einspannen. Rassenwahn und Überzeugung, Verrohung und Mordlust, Konkurrenz und Bereicherung, Autoritätshörigkeit und Gehorsam, Angst vor Vielfalt und Hass auf alles, was man als abweichend empfand – die Motive zur Beteiligung an den Verbrechen waren sehr vielfältig. Und natürlich gab es auch Mitäterschaft durch Denunziation, billigendes Schweigen, Ausgrenzung, Diskriminierung. Es gibt keine Gewähr, dass sich

solches nicht wiederholt. Das »Nie wieder!« bedeutet Erinnerung, Arbeit, Auseinandersetzung, bedeutet Streit und Verständigung, wie sich Gesellschaft entwickeln soll. Wie gehen wir mit dem Hass um, der sich in der Gesellschaft ausbreitet? Die Debatte im Deutschen Bundestag vor wenigen Tagen hat deutlich gezeigt, wie richtig es ist, nicht zu schweigen, wenn rechte und äußerst rechte Politiker ihre widerwärtigen Angriffe auf Menschen mit nicht-deutschen Wurzeln führen und den Mob aufstacheln. Aber wie dämmen wir das ein? Wie organisieren wir das Zusammenleben?

Und noch etwas, das mir in diesem Zusammenhang wichtig scheint. Hannah Arendt hat 1964 in einem Interview mit Blick auf die furchtbare Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gesagt: Es gibt kein Recht zu gehorchen. Das ist kein Aufruf, beliebig jedes Gesetz zu brechen, von dem man meint, dass es falsch ist oder im Wege steht. Aber es ist ein Aufruf, dass jeder und jede Verantwortung für das eigene Handeln, für das Mitwirken oder das Verweigern trägt und dass nichts und niemand uns von dieser Verantwortung befreit.

Der 8. Mai kann, wenn er nicht nur als arbeitsfreier, sondern als Gedenktag genutzt wird, zur Auseinandersetzung mit solchen Entwicklungen und Erfahrungen, zur Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung und zur Verständigung darüber genutzt werden, wie wir in dieser Gesellschaft zusammenleben wollen.

Das führt zu einem weiteren Grund: Der französische Widerstandskämpfer und Überlebende von KZ, Arbeitslager und Todesmarsch, Robert Antelme, schildert die NS-Todesmaschinerie in einem verstörenden Bericht als fundamentalen Angriff auf die Einheit des Menschengeschlechts. Er hat das Grauen vielleicht nur überlebt, weil er unter extremsten Bedingungen und im Kampf ums nackte Überleben seinen Glauben an die eine, unteilbare Humanität immer neu erkämpfte. »Es gibt nicht mehrere menschliche Gattungen«, schrieb er, »es gibt nur eine Gattung Mensch«.

In Artikel 1 des Grundgesetzes ist diese eine, unteilbare Humanität, diese Hoffnung und Gewissheit, dass es nur eine Gattung Mensch gibt, aufgegriffen: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Aber ist das Realität? Eine selbstverständliche gewiss nicht. Wir müssen uns die Zeit nehmen, uns immer neu zu vergewissern, was das heißt: Die Würde des Menschen, jedes Menschen, ist unantastbar.

Es geht uns mit unserem Antrag also nicht um die Erinnerung an etwas Abgeschlossenes. Es geht uns darum, die Erfahrung lebendig zu halten, dass die Menschenwürde antastbar ist, wenn die Gesellschaft dies zulässt. Es geht uns darum, das Vermächtnis der unteilbaren Humanität lebendig zu halten im Kampf für eine solidarische, demokratische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die sich ihrer Vielfalt bewusst ist und diese Vielfalt lebt, und zwar in dem Bewusstsein, dass es bei aller Vielfalt eben nur eine Menschengattung gibt.

Auch das ist Arbeit, Reflexion, Auseinandersetzung. Und auch dazu eignet sich der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus, in besonderer Weise.

Ein dritter Grund noch: Der 8. Mai ist zwar kein norddeutsches Datum wie der 31. Oktober, aber dafür ein euro-

päisches. Denn der Tag der Befreiung war der 8. Mai auch für die europäischen Länder, die das faschistische Deutschland überfallen und verwüstet hatte. Der mit der Gründung der EWG 1957 eingeleitete europäische Integrationsprozess war eine Antwort auf diese furchtbare, damals noch sehr lebendige Erfahrung. Heute ist die Zusammenarbeit in der EU bedroht durch nationalistische, europaskeptische bis feindliche, identitäre, fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen und Strömungen. Ob und wie die EU überlebt, ob und wie sie sich weiterentwickeln kann oder der Nationalismus siegt, ist nicht entschieden, fürchte ich. Der 8. Mai als Feiertag wäre ein starkes Symbol und könnte gut auch dazu genutzt werden, die gesellschaftliche Debatte über die weitere Entwicklung der europäischen Integration und über die Rolle, die die Bundesrepublik dabei spielt, voranzutreiben.



Entwurf für das Glasfenster, das sich im Hauptpavillon des Museums der KZ Gedenkstätte Groß Rosen befindet: Prof. Kazimierz Pawlak (Foto: M. Joho)

# Obdachlose im Hamburger Winter

Von Birgit Müller, Chefredakteurin von »Hinz&Kuntz«



Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot auf dem Rathausmarkt 2015  
(M. John)

Noch bevor der Winter losging, wussten wir in der Obdachlosenhilfe, was uns bevorstehen würde: wieder vergebliche Diskussionen mit der Sozialbehörde. Leidiges Thema: Das Winternotprogramm für Obdachlose. Das schließt immer morgens gegen 9 Uhr und öffnet erst wieder gegen 17 Uhr. Seit Jahr und Tag fordern wir die Ganztagesöffnung, damit die Menschen die Chance haben, zur Ruhe zu kommen, und nicht den ganzen Tag von einer Tagesaufenthaltsstätte zur anderen tingleln oder gar draußen in Kälte oder Regen »rumhängen«. Die meisten Obdachlosen haben sowieso schon eine angeschlagene Gesundheit. Ihre Lebenserwartung liegt mit 47 Jahren ähnlich niedrig wie in Dritte-Welt-Ländern.

Inzwischen haben wir im Winternotprogramm sogar eine Drei-Klassen-Gesellschaft: Glück haben die rund hundert Obdachlosen, die in einem Container bei einer Kirchengemeinde überwintern können. Um einen Platz dort reißen sich alle. Denn bei den Kirchengemeinden stehen meist nur zwei Container, betreut wird das Ganze von Ehrenamtlichen. Der Luxus: Ruhe – und du darfst den ganzen Tag über drin bleiben.

Das städtische Winternotprogramm besteht aus zwei großen Gebäuden mit Zwei- bis Siebenbett-Zimmern für insgesamt rund 800 Menschen. Eins davon ist dieses Jahr frisch renoviert worden. Und in beiden gibt es neuerdings Schließfächer, sodass die Obdachlosen ihr Gepäck im Zimmer lassen können. Ein Fortschritt. Aber trotzdem: Tagsüber müssen sie immer noch raus. »Dabei kannst du auch tagsüber erfrieren«, ist ein Spruch von Hinz&Küntzler Jörg Petersen.

Und seit letztem Winter gibt es ein neues Problem: Osteuropäer, die eine Unterkunftsmöglichkeit im Herkunftsland haben, bekommen kein Bett mehr, sie werden an eine Wärmestube verwiesen oder sollen nach Rumänien zurückfahren. Blöd ist nur: Viele bleiben da. Und schlafen draußen – bei Minusgraden und Starkregen.

Diesen Winter waren wir bei Hinz&Kuntz extrem frustriert. Wir konnten es selbst nicht mehr hören, dass wir immer und immer wieder dasselbe fordern müssen: Bitte macht das Winternotprogramm auf – tagsüber und für alle! Die Gründe, warum der Senat das nicht tut, sind aus unserer Sicht fadenscheinig: Die Obdachlosen sollen sich tagsüber bewegen, heißt es da, und Beratungsangebote wahrnehmen. Sehr lustig, weil sich kein Mensch jeden Tag beraten lassen muss. Anderes Argument: Bei einer Ganztagesöffnung wäre es kein Notprogramm mehr, sondern entspräche einer Dauerunterkunft. Quatsch, weil die Container bei den Kirchengemeinden auch ganztags geöffnet sind.

In Wirklichkeit geht es um etwas ganz anderes: Die Politik hat Angst, es den Obdachlosen zu gemütlich zu machen. Wenn sich das rumspricht ... Die Sogwirkung ... dann kommen sie alle. Wir können nicht die ganze Welt retten.

Darauf haben auch wir keine Antwort. Aber: Man kann dieses Problem nicht mitten im Winter lösen. Das ist lebensgefährlich für Obdachlose. Nach wie vor schlafen viele Menschen draußen: Deutsche, die es in einer Großunterkunft nicht aushalten – und eben die Rumänen, die kein Bett im Winternotprogramm bekommen.

Selbst eine Online-Petition an (den damaligen) Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), die besagter Hinz&Küntzler Jörg zusammen mit uns gestartet hat, ist sang- und klanglos verhallt. Obwohl wir Anfang Februar knapp 95.000 Stimmen übergeben haben. Bis heute gibt es keine Reaktion aus dem Rathaus. Die gute Nachricht: Die PolitikerInnen von SPD und GRÜNEN haben sich zwar taub gestellt, dafür haben viele HamburgerInnen den Hilferuf gehört – und Aktionen gestartet. Während der Frosttage sind zig Gruppen von Ehrenamtlichen durch die Stadt gezogen – mit heißen Getränken und Schlafsäcken. Die Giants haben ihre Boxhalle geöffnet und ein paar

Nächte mit obdachlosen Rumänen verbracht. Danach hat der FC St. Pauli für ein paar Nächte übernommen, und die Clubkinder haben ein Tagescafé eröffnet. Das hilft nicht langfristig, aber eben in dieser extremen Situation – und vor allem: Es tut der Seele gut. Viele Obdachlose waren einfach glücklich über die Wärme und die herzlichen Kontakte. »Es ist das erste Mal, dass ich mich in Hamburg irgendwo willkommen gefühlt habe«, erzählte uns ein Rumäne. Was auch heißt: Sie sind so in Not, dass sie hier sind, obwohl sie draußen schlafen bei Wind und Wetter und obwohl sie sich nicht willkommen fühlen. Weil sie es müssen, weil sie für sich derzeit keine andere Alternative sehen, als hier Flaschen zu sammeln, zu betteln oder ein

Straßenmagazin zu verkaufen. Politisch könnte alles ganz einfach sein. Denn die osteuropäischen Obdachlosen sind nur die Kehrseite der EU-Osterweiterung. Die war schließlich Wunsch der Wirtschaft und äußerst erfolgreich. Deutschland und auch Hamburg profitieren extrem von der EU – gerade auch von der EU-Osterweiterung. Das betont der Honorargeneralkonsul für Rumänien, Klaus Rainer Kirchhoff, immer wieder in Diskussionen: Zehntausende von Rumänen sind seither nach Deutschland gekommen und zahlen hier ihre Steuern. Da müsste es klar sein, dass den vergleichsweise wenigen, die hier in Not sind, doch geholfen werde. Und das finden wir eben auch.

## Eigentum erwerben statt teure Miete zahlen?

Caren Lay über die zynische Wohnungspolitik der Groko 3.0



Auf einer wohnungspolitischen Veranstaltung in Steilshoop 2015 (Foto: M. Joho)

### Es bleibt dabei: Modernisierung verteuert Mieten dauerhaft

Der Koalitionsvertrag von SPD und Union ist nicht der »Neuanfang in der Bau- und Mietenpolitik«, von dem der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, schwärmt. Das Gegenteil ist richtig. Wenn man sich den Text genau durchliest, wird klar: Union und SPD haben sich darauf geeinigt, in einer Neuauflage der Großen Koalition ihre vermurkste Wohnungs- und Mietenpolitik fortzusetzen. Mietenexplosion und Verdrängung werden auch in den nächsten vier Jahren für viele zum Alltag gehören.

Bauen, bauen, bauen, und wer die Miete nicht mehr zahlen kann, soll sich eine Wohnung kaufen – das ist das zynische Credo der Großen Koalition. 1,5 Mio. neue Wohnungen sollen in einer »Wohnraumoffensive« bis 2021 entstehen, rund 100.000 mehr im Jahr als bisher. Eine Sonderabschreibung für Mietwohnungen in Höhe von 20% der Neubaukosten soll dabei helfen. Dafür schüttet die Große Koalition zwei Mrd. Euro an Steuersubventionen aus, ganz ohne soziale Bindung. Davon

**Caren Lay ist Sprecherin für Mieten, Bau- und Wohnungspolitik in der Bundestagsfraktion DIE LINKE**



profitieren nicht in erster Linie Mieterinnen und Mieter, sondern Investoren. Dazu kommt eine neue Eigenheimzulage, die den Bund noch einmal so viel kosten wird. Doch wer heute von Mieterhöhungen und Verdrängung bedroht ist, wird sich auch mit dem »Baukindergeld« keine Eigentumswohnung leisten können. Der dringend benötigte bezahlbare Wohnraum wird so nicht entstehen. Profiteure sind Bauindustrie und Immobilienwirtschaft.

### »Förderung« des sozialen Wohnungsbaus ist faktisch eine Kürzung

Der Schlüssel für eine soziale Wohnraumversorgung, insbesondere von Menschen mit geringem Einkommen, ist der soziale Wohnungsbau. Union und SPD wollen die Bundesförderung für den sozialen Wohnungsbau über das Jahr 2019 hinaus verlän-

gern und für die Jahre 2020 und 2021 jeweils 1 Mrd. Euro bereitstellen. Diese vollmundige Ankündigung bedeutet jedoch faktisch eine Kürzung. Denn bis jetzt sind es 1,5 Mrd. Benötigt würden allerdings mindestens 5 Mrd. Und wie es nach 2021 mit der Förderung weitergeht, ist vollkommen unklar. Das ist unverantwortlich!

### »Mietpreisbremse« greift nicht, Kündigungsschutz: Fehlzanzeige!

Die minimale Verbesserung der Mietpreisbremse, die die SPD als Verhandlungserfolg feiert, ist reine Symbolpolitik und hilft den meisten Mieterinnen und Mietern nicht. Zwar sollen jetzt die Vormieten in bestimmten Fällen offengelegt werden, aber die zahlreichen Ausnahmen bleiben. Und ob die Mietpreisbremse in zwei Jahren nicht schon wieder abgeschafft wird, haben Union und SPD offen gelassen. Auch die Absenkung der Modernisierungsumlage von 11 auf 8% ist mit ihren vielen Einschränkungen eine Mogelpackung, die vor teuren Luxusmodernisierungen und Verdrängung nicht schützen wird.

Ein besserer Kündigungsschutz für MieterInnen und Gewerbetreibende, ein klares Bekenntnis gegen die Privatisierungspolitik der bundeseigenen Wohnungen und Grundstücke, ein Konzept gegen die immer größer werdende Wohnungs- und Obdachlosigkeit: Fehlzanzeige!

Statt den notwendigen Kurswechsel zu einer sozialen Politik im Interesse der Mieterinnen und Mieter einzuleiten, werden Steuergeschenke an die Immobilienwirtschaft und an Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer verteilt.

### Ein wirklicher Neuanfang in der Wohnungs- und Mietpolitik sieht anders aus

DIE LINKE setzt sich auch weiterhin für gerechtes Mietrecht in Wohnraum und Gewerbe mit wirksamen Schutz gegen Kündigung, Mieterhöhung und Verdrängung ein. Anträge für eine echte Mietpreisbremse, die flächendeckend, ausnahmslos und unbefristet gilt, haben wir bereits in den Bundestag eingebracht. Die Modernisierungsumlage gehört komplett abgeschafft. Statt Milliarden für ungezielte Neubau- und Eigentumsförderung zu verschwenden, wollen wir eine Investitions-offensive im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau. Durch Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wollen wir einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor mit dauerhaft bezahlbaren Mieten schaffen.

Spekulation mit Wohnraum und Grundstücken wollen wir effektiv bekämpfen und großen Wohnungskonzernen und Finanzinvestoren ihre Geschäftsgrundlage entziehen. Auch der Bund darf mit seinen Wohnungen und Grundstücken nicht länger Gewinne auf Kosten der Kommunen und der Mieterinnen und Mieter machen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben muss ihre Wohnungen stattdessen sozial verträglich vermieten. Auch dafür haben wir bereits einen Antrag gestellt.

Soziale Politik wird auch in den kommenden vier Jahren in der Opposition gemacht. Gemeinsam mit den Mieterinnen und Mietern wird sich DIE LINKE dem neoliberalen Weiter-so in der Wohnungspolitik entgegenstellen – in den Parlamenten und auf der Straße!



Otto-Schumann-Weg, Hamburg-Lohbrügge, 1996 (Foto: Gerd Richter/wikipedia)

# Polizeigewalt beim Namen nennen!

Nathalie Meyer zur Kennzeichnungspflicht für Polizeibedienstete



Tja, wer war's denn nun? (Foto: M. Joho)

Zwei Fußballfans gehen zum Spiel ihres Lieblingsvereins. Am Ende des Tages sind beide ohne Anlass durch den Einsatz von Pfefferspray und die Schläge von Polizeibeamten verletzt. Sie erstatten Anzeige, kennen aber natürlich weder die Namen noch die Dienstnummern der gleichartig uniformierten Polizeibediensteten. Es kommt, wie es kommen muss: Da die Polizeibediensteten nicht zu ermitteln sind, wird das Strafverfahren wegen Körperverletzung im Amt eingestellt. Solche Vorgänge sind leider keine Seltenheit: Ob in Fußballstadien, bei Demonstrationen oder polizeilichen Kontrollsituationen – Vorwürfe über rechtswidrige Polizeigewalt gibt es regelmäßig. Mit gleicher Regelmäßigkeit scheitert die juristische Aufarbeitung dieser Vorwürfe aber bereits daran, dass die Identifikation der Polizeikräfte nicht möglich ist.

Mit dieser Situation wollten sich die beiden Fußballfans nicht zufriedengeben und klagten wider die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Polizeikräfte bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Dieser verurteilte im November 2017 die Bundesrepublik Deutschland schließlich wegen eines Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und sprach den Klägern eine Entschädigung zu. Das Gericht sah es als einen Verstoß gegen Art. 3 EMRK – das Recht auf Schutz vor Folter und unmenschlicher Behandlung – an, dass keine Mechanismen zur effektiven Strafverfolgung von Polizeibediensteten bestehen (EGMR vom 9.11.2017 – Hentschel & Stark v. Germany – 47274/15). Das Gericht wies in diesem Kontext darauf hin, dass uniformierte oder maskierte Polizeibedienstete eine unterscheidungskräftige Kennzeichnung tragen sollten, um deren Identifizierung zu ermöglichen. Sofern eine sol-

che Kennzeichnung nicht vorhanden ist, müssen ansonsten alle zur Verfügung stehenden Ermittlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden – was im Beispiel der beiden Fußballfans nicht der Fall war.

Mit der Entscheidung des EGMR hat die Debatte um die Notwendigkeit einer Kennzeichnungspflicht neuen Aufschwung erhalten. In den vergangenen Jahren haben bereits acht Bundesländer eine Kennzeichnungspflicht von Polizeikräften eingeführt, meist in Gestalt einer mehrstelligen Kombination aus Buchstaben und Zahlen. Die Erfahrungen dort zeigen, dass die Befürchtungen, die oftmals gegen eine Kennzeichnungspflicht angeführt werden – etwa, dass die Polizeikräfte aufgrund ihrer Identifizierbarkeit im Privaten gefährdet würden oder es zu falschen Anschuldigungen komme – sich nicht bewahrheitet haben.

In Hamburg tragen Polizeibedienstete aufgrund einer Dienstverordnung Namensschilder. Dies gilt allerdings nicht für geschlossene Einheiten, obwohl diese besonders oft in Konfliktsituationen eingesetzt werden und eine Kennzeichnung daher umso notwendiger wäre. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft eingebracht, der die gesetzliche Verankerung einer Kennzeichnungspflicht für alle hamburgischen Polizeikräfte zum Ziel hat (Drs. 21/12342). Ihre Durchsetzung wäre ein kleiner, aber wesentlicher Schritt, um die Voraussetzungen für eine stärkere demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle der Polizei zu schaffen.

**Nathalie Meyer ist wissenschaftliche Referentin bei Christiane Schneider.**

## Kulturtipp: Hommage an Peggy Parnass



Peggy Parnass auf einer Kundgebung des Hamburger Bündnisses gehen Rechts (Foto: M. Joho)

Zu den beeindruckendsten Persönlichkeiten unserer Stadt gehört zweifelsohne Peggy Parnass. Über Jahrzehnte hat sich die engagierte Journalistin, Gerichtsreporterin, Film- und Theaterschauspielerin, die kämpferische Jüdin, die Frauenbewegte und sich vielfach einmischende Linke nicht gescheut, immer wieder laut und deutlich Position gegen Ausbeutung, Unterdrückung, aber insbesondere auch gegen Militaristen, Nazis und andere Menschenfeinde zu beziehen. 1939 wurden Peggy und ihr Bruder mit einem Kindertransport nach Schweden geschickt und überlebten so den Holocaust – im Gegensatz zu ihren Eltern, die in Treblinka ermordet wurden.

In dieser Woche gibt es zweimal die Möglichkeit, Peggy live zu erleben. Zunächst wird sie am Donnerstag, den **22. März**, um 20.00 Uhr im Malersaal des Deutschen Schauspielhauses im Gespräch mit dem Schauspieler Michael Weber aus ihrem Leben erzählen. »Ich hab so viele Fragen« ist dieser Abend überschrieben, der in ähnlicher Form schon zweimal vor ausverkauftem Haus im vergangenen Jahr stattgefunden hat. Es ist ein anrührendes Zusammenspiel von Michael

Weber (er liest Texte von Peggy und befragt sie zu verschiedenen Stationen ihres Lebens) und der hochbetagten Peggy Parnass, das sich niemand entgehen lassen sollte. Mehr unter [www.schauspielhaus.de/de\\_DE/kalender/faq\\_room\\_18\\_peggy\\_parnass\\_ich\\_hab\\_so\\_viele\\_fragen.15208449](http://www.schauspielhaus.de/de_DE/kalender/faq_room_18_peggy_parnass_ich_hab_so_viele_fragen.15208449).

Tags darauf, also am Freitag, den **23. März**, gibt es um 20.00 Uhr im Vor-Ort-Büro (Zimmerpforte 8, direkt am Hansaplatz) eine Vorführung der Dokumentation »Peggy Parnass – Überstunden an Leben«. Peggy hatte im letzten Jahr dem Medienpädagogischen Zentrum (MPZ) ihre sämtlichen Fotos, Film- und Audiomitschnitte überlassen, damit sie dort systematisch erfasst und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die MPZ-Altvorderen Jürgen Kinter und Gerhard Brockmann sind dem nachgekommen, sie haben darüber hinaus aus dem umfangreichen Material einen 65minütigen Film zusammengeschnitten und mit einem in 2017 geführten Interview angereichert. Der sehenswerte Film bietet vielfältige Einblicke in das Leben und Wirken von Peggy, sie selbst ist nach der Vorführung zum Gespräch bereit.

---

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.